Datenschutzhinweise für Mandanten

Informationen gemäß Art. 13 und 14 DSGVO · Stand: November 2026

1. Verantwortliche Stelle

Nadine Baumann, Dipl.-Kff. (FH), Steuerberaterin, Hochstadenstraße 92, 41189 Mönchengladbach. Telefon: 02166 / 555-2704. E-Mail: steuerberater@nbaumann.eu. Besuchereingang: Hochstadenstraße 90.

2. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?

Je nach Mandat insbesondere Name, Anschrift, Kontakt- und Identifikationsdaten (einschließlich Steuer-ID und Geburtsdatum), Finanzamt und Steuernummer, Daten zu Einkommen, Vermögen, Steuer- und Sozialversicherungsverhältnissen, Buchführungs-, Lohn- und Zahlungsdaten, Belege, Bankverbindungen und mandatsbezogene Korrespondenz. Soweit erforderlich können auch besondere Kategorien personenbezogener Daten, beispielsweise Gesundheitsdaten oder Angaben zur Religionszugehörigkeit, betroffen sein.

Die Angaben erhalten wir überwiegend von Ihnen, gegebenenfalls auch von Finanzbehörden, Sozialversicherungsträgern, Arbeitgebern und anderen von Ihnen benannten oder gesetzlich beteiligten Stellen, soweit dies zulässig und für den Auftrag erforderlich ist.

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen

Wir verarbeiten die Daten, um Mandate anzubahnen und durchzuführen, Steuererklärungen, Buchführungen, Jahresabschlüsse und Abrechnungen zu erstellen, Sie gegenüber Behörden zu vertreten, mit Ihnen zu kommunizieren, Honorarabrechnungen zu erstellen sowie gesetzliche und berufsrechtliche Pflichten zu erfüllen. Maßgebliche Rechtsgrundlagen sind insbesondere Art. 6 Abs. 1 Buchst. b und c DSGVO, bei berechtigten Interessen Art. 6 Abs. 1 Buchst. f DSGVO sowie für gesondert gewählte Kommunikationsformen gegebenenfalls Art. 6 Abs. 1 Buchst. a DSGVO. Bei besonderen Datenkategorien muss zusätzlich eine geeignete Ausnahme nach Art. 9 Abs. 2 DSGVO vorliegen (etwa gesetzlich geregelte Pflichten bzw. rechtliche Ansprüche).

Für die übliche Mandatsbearbeitung ist keine pauschale datenschutzrechtliche Einwilligung erforderlich. Getrennt erteilte freiwillige Einwilligungen können jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

4. Empfänger und eingesetzte IT-Systeme

Je nach Mandat übermitteln wir notwendige Daten an Finanzbehörden, Gerichte, Sozialversicherungsträger oder andere zuständige Stellen, soweit dies gesetzlich vorgesehen oder vom Mandat gedeckt ist. Für Kanzleiarbeiten setzen wir insbesondere DATEV-Anwendungen, IONOS für E-Mail und Webhosting, Microsoft/Outlook für Büro- und E-Mail-Kommunikation sowie eine Synology-basierte Datenablage bzw. einen Belegaustausch ein. Soweit externe Dienstleister dabei personenbezogene Daten im Auftrag verarbeiten, werden die datenschutzrechtlichen und berufsrechtlichen Voraussetzungen, insbesondere geeignete Verträge und Schutzmaßnahmen, berücksichtigt.

Die konkrete Verarbeitung durch Microsoft hängt von den eingesetzten Office- und Cloudfunktionen ab. Eine Synology-Nutzung bedeutet nicht automatisch, dass Mandantendaten an Synology übermittelt werden.

5. Kommunikation und freiwillige Kommunikationswünsche

Die Kanzlei kommuniziert nach Möglichkeit über geeignete geschützte Wege. Soweit Sie ausdrücklich wünschen, können wir auch transportverschlüsselte E-Mails ohne zusätzliche Verschlüsselung des Nachrichteninhalts verwenden. Über die verbleibenden Risiken, insbesondere eine mögliche Lesbarkeit bei beteiligten E-Mail-Anbietern, informieren wir im gesonderten Kommunikationsformular.

Auf Ihren Wunsch kann eine Kommunikation über WhatsApp stattfinden. Dabei können Nutzungs- und Verbindungsdaten beim Anbieter verarbeitet werden; auch die Sicherheit von Endgeräten ist zu beachten. Ihre Wahl kann den Schutzbedarf einzelner Unterlagen und die Rechte Dritter nicht aufheben. Besonders vertrauliche Dokumente können wir stattdessen beispielsweise über DATEV, gesondert geschützt, per Post oder persönlich übergeben.

6. Übermittlungen außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums

Bei einzelnen Kommunikations- oder IT-Diensten können je nach konkretem Produkt und Konfiguration Datenzugriffe aus bzw. Übermittlungen in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums nicht ausgeschlossen sein. Soweit solche Übermittlungen stattfinden, werden die Vorgaben der Art. 44 ff. DSGVO beachtet, insbesondere gegebenenfalls Angemessenheitsbeschlüsse oder geeignete Garantien. Informationen zu einem konkreten Dienst können Sie bei uns erfragen.

7. Speicherdauer

Wir speichern personenbezogene Daten entsprechend dem jeweiligen Mandatszweck und den gesetzlichen Aufbewahrungs-, Verjährungs- und Nachweispflichten. Für steuerberatende Handakten gilt grundsätzlich eine zehnjährige Aufbewahrung nach § 66 StBerG, beginnend mit dem Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Auftrag beendet wurde. Daneben gelten je nach Dokument andere steuer- und handelsrechtliche Aufbewahrungsfristen; bei offenen Verfahren oder der Verteidigung gegen Ansprüche kann eine längere Speicherung erforderlich sein. Nach Wegfall des Speicherzwecks werden Daten nach Maßgabe unseres Löschkonzepts gelöscht.

8. Pflicht zur Bereitstellung

Bestimmte Daten sind zur Mandatsbearbeitung oder aufgrund gesetzlicher Pflichten erforderlich. Ohne diese Angaben kann ein Auftrag unter Umständen nicht oder nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden. Zusätzliche Kontaktwege oder freiwillige Einwilligungen müssen Sie dagegen nicht wählen.

9. Ihre Datenschutzrechte

Unter den gesetzlichen Voraussetzungen bestehen Rechte auf Auskunft (Art. 15 DSGVO), Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO), Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO) und Widerspruch (Art. 21 DSGVO). Einwilligungen können Sie jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen (Art. 7 Abs. 3 DSGVO). Berufsrechtliche Verschwiegenheits- und gesetzliche Aufbewahrungspflichten bleiben zu beachten.

10. Beschwerderecht und automatisierte Entscheidungen

Sie haben das Recht, sich bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren (Art. 77 DSGVO). Zuständige Aufsicht: Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestraße 2–4, 40213 Düsseldorf; www.ldi.nrw.de. Eine ausschließlich automatisierte Entscheidung im Sinne von Art. 22 DSGVO ist für die übliche Mandatsbearbeitung nicht vorgesehen.

Diese Hinweise betreffen Mandantenverhältnisse. Die separate Datenschutzerklärung auf der Homepage informiert über den Besuch der Website.